Frau Bühse und Herr Michaelis begründen folgenden Ergänzungsantrag.

Nach Diskussion wird unter 1. des Beschlussantrages nach „... § 5 ÖPNVG – als Entwurf“ hinzugefügt.

Den Beschlussantrag zu 2. wird der Satz hinzugefügt: „Alle relevanten Beiräte wie z. B. Stadtteilbeiräte, Seniorenbeirat sind zu beteiligen.“ Dem Änderungsantrag sowie dem sich daraus ergebenden Beschlussantrag in geänderter Form wird einstimmig zugestimmt.

Es ergibt sich nachfolgender Beschluss:

1. Die Ratsversammlung beschließt, den „2. Regionalen Nahverkehrsplan 2003 – 2007“ als Rahmenplanentwurf nach § 5 ÖPNVG als Entwurf mit der Maßgabe, den Plan an Hand den in der Begründung genannten inhaltlichen Schwerpunkten zu überprüfen und unter Berücksichtigung der Maßnahmenvorschläge fortzuschreiben.
2. Die Ratsversammlung beauftragt die Verwaltung, ein Beteiligungsverfahren nach § 5 Abs. 3 ÖPNVG durchzuführen. Alle relevanten Beiräte wie z. B. Stadtteilbeiräte, Seniorenbeirat sind zu beteiligen.
3. Themenbereiche, die nach dem Beteiligungsverfahren näher betrachtet werden müssen, sollen in enger Abstimmung mit der SWN Verkehr GmbH abschließend geklärt werden. Externe Gutachter sollen nicht heran gezogen werden.
4. Das Gewerbegebiet Eichhof soll erst dann in das Netz mit aufgenommen werden, wenn die Flächen zum großen Teil bebaut bzw. wenn Bedarf für die Busanbindung erkennbar ist.
5. Die Ziffer 6 entfällt in der Begründung, die Antragsgegenstand ist. Dafür wird der in Ziffer 6 formulierte Absatz zum zweiten Absatz in Ziffer 5.
6. Die Bushaltestellen im Stadtgebiet sollen möglichst überdacht und zu den Seiten verglast (ggf. Plastikglas) sein. Die Wartezeiten sollen damit auch bei Niederschlag erträglicher gemacht werden und die Akzeptanz der Busverbindungen soll sich damit verbessern.
7. Der Entwurf des neuen Nahverkehrsplans mit den gewünschten zusätzlichen Maßnahmenvorschlägen (mit einer Information über die mit den jeweiligen Maßnahmen verbundenen Kosten) ist den zuständigen städtischen Gremien nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens zur Entscheidung vorzulegen.
8. Die Verwaltung wird aufgefordert, Maßnahmenvorschläge als Antragsbestandteile zu definieren und keine Anträge zu stellen, bei denen Maßnahmenvorschläge nur Teil der Begründung sind.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

Damit ist die Vorlage in ihrer geänderten Form beschlossen.